

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten
Bekanntmachung.**

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Max-Planck-Gesellschaft Abt.III

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Zuwendungsempfänger, soweit nichts anderes zutrifft*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Bildung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften
(Göttingen)
- Sanierung Haus 11: Objektplanung Gebäude

Beschreibung: Die Liegenschaft des geisteswissenschaftlichen MPI zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen umfasst drei Gebäude: eine Altbau Villa, Hermann-Föge-Weg 12, und auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Gebäude aus den 1950er Jahren (G 11-A) mit einem Anbau aus den 1970er Jahren (G 11-N), beide Herman-Föge-Weg 11. Das Gebäude G 11-N steht seit Januar 2019 aufgrund erheblicher Brandschutzmängel leer. Als Ausweichquartier wurden Bürocontainer auf dem Grundstück

Herman-Föge-Weg 12a mit genehmigter Standzeit bis 08.11.2030 errichtet. Im Rahmen der geplanten Maßnahme soll das in Stahlskelettkonstruktion errichtete Gebäude

G 11-N entkernt, brandschutztech-nisch ertüchtigt und ausgebaut werden. Eine Schadstoffsanierung

im Schwarzbereich muss durchgeführt werden. Fassade und Dach müssen energetisch optimiert

werden. Es ist eine Büronutzung mit Kommunikationsflächen und Bibliothek geplant. Im Vorentwurf ist baurechtlich zu klären, ob das Gebäude baulich erweitert werden kann. Zudem muss eine Abklärung zur Erhaltungs-satzung mit der Stadt Göttingen erfolgen.

Zusätzlich soll im Rahmen der Maßnahme die Fassade des Gebäude G 11-A (Zweischalige

Mauerwerkskonstruktion mit Verblendmauerwerk) energetisch ertüchtigt und in ihrem

Erscheinungsbild so verändert werden, dass die beiden Gebäude G 11-A und G 11-N (Pfosten-Riegel-Fassade)

optisch ein einheitliches und harmonisches Ensemble bilden.

Nach der Sanierung soll die interne Verbindung beider Gebäude, die aufgrund der Brandschutzmängel

gekappt wurde, wiederhergestellt sein.

Die Bürocontainer müssen rechtzeitig vor Ende der Geltungsdauer der Baugenehmigung abgebaut werden und ein Umzug in Haus G-11-N gewährleistet werden. Aufgrund des knappen

Termin-plans soll die Projektabwicklung nach Lean Management Methoden erfolgen.

Es wird eine BNB Silber Zertifizierung angestrebt. Die Leistung ist diesbezüglich anzubieten. Ein BNB-Koordinator wird beauftragt.

Gegenstand dieses VgV-Vergabeverfahrens sind die erforderlichen Leistungen der „Objektplanung

Gebäude“ gem. § 34 in Verbindung mit Anlage 10 der HOAI 2021 in den LPH 2 bis 9, zzgl.

Besonderer Leistungen.

Eine differenzierte Leistungsbeschreibung ist der Anlage 04 zu entnehmen.

Besonderer Hinweis betr. Bieterfragen aufgrund besonderer äußerer Ereignisse (z.B.

Sars-COV-2 oder Ukraine Krieg): Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Angebotserstellung etwaige mögliche bzw. erkennbare Beeinträchtigungen, z.B. in Bezug auf die Verfügbarkeit

von Materialien und Produkten, Arbeitskräften, eine evtl. verzögerte Beibringung

von geforderten Nachweisen, Auswirkungen auf etwaige Nachunternehmer etc. Fragen, die in diesem

Zusammenhang auftreten, bitten wir rechtzeitig vor Angebotsfrist über das

Nachrichtensystem

der eVergabe zu stellen.

Kennung des Verfahrens: 4d722f55-1a1a-4ebb-a5a8-a1b15f634710

Interne Kennung: Z.GESI.A.000309.VgV.OBJ.3100

Verfahrensart: *Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 71200000 *Dienstleistungen von Architekturbüros*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71000000 *Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71221000 *Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71240000 *Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71250000 *Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste*

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften
(Göttingen)

Ort: Göttingen, Hermann-Föge-Weg 11

Postleitzahl: 37073

NUTS-3-Code: *Göttingen* (DE91C)

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,01 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#
Alle Wesentlichen für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlichen Unterlagen,
stehen Ihnen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei
zur Verfügung unter:
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/6bc204bfd237-4b3d-821b-186a5eba5ea4>

Für die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages ist eine einmalige kostenfreie Registrierung auf der Plattform erforderlich. Im Bieterassistenten geben Sie hierfür bitte am Ende beim Schritt „Teilnahmeantrag einreichen“ den natürlichen Namen/jur. (Büro-) Namen in dem dafür vorgesehenen Feld an. Die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Teilnahmeantrages sind durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt. Das Datenvolumen ist pro Datei auf 50 MB begrenzt.

Für die Teilnahme wird keine Vergütung gewährt. Mit Abgabe eines

Teilnahmeantrages
wird Einverständnis hiermit erklärt.

Sollten sich aus Sicht der Bewerber Nachfragen ergeben, sind diese ausschließlich über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen. Die eingegangenen Fragen und Antworten zum laufenden Verfahren, stehen stets aktuell ausschließlich in der eVergabe allen Bewerbern zur Einsicht zur Verfügung. Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig und eigenverantwortlich bis unmittelbar vor Teilnahmeschluss über den jeweils aktuellen Stand auf der zuvor genannten Website zu informieren und die dort zur Verfügung gestellten Informationen bei der Abgabe des Teilnahmeantrages zu berücksichtigen. Nachteile, die durch eine Nichtbeachtung der ausschließlich auf der zuvor genannten Website eingestellten Informationen entstehen, gehen zu Lasten des Bewerbers.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Rein nationale Ausschlussgründe: vgl. § 124 Abs. 2 GWB: „§ 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestariftreuegesetzes bleiben unberührt.“

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 6, 7, 8, 9 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs

(Bestechlichkeit
und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs
(unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung),
jeweils
auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und
internationale
Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler
Bestechung
(Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem
Geschäftsverkehr)"

Betrug oder Subventionsbetrug: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 4, 5 GWB: "Öffentliche
Auftraggeber schließen ein Unternehmen
zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie
Kenntnis
davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen
zuzurechnen
ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30
des
Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen
einer
Straftat nach: (...) 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat
gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von
der
Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des
Strafgesetzbuchs
(Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen
Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem
Auftrag
verwaltet werden"

Bildung krimineller Vereinigungen: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche
Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu
jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis
davon
haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen
zuzurechnen
ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30
des
Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen
einer
Straftat nach: (...) 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller
Vereinigungen),
§ 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b
des
Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)"

Bildung terroristischer Vereinigungen: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)"

Einstellung der beruflichen Tätigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 2, 3 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche)"

Insolvenz: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Interessenkonflikt: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann"

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat"

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen

ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)."

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Schwere Verfehlung: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden"

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 8, 9 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige

Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten,
oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln."

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB:
"Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB:
"Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB:
"Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:
vgl. § 123 Abs. 4 S. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können."

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: vgl. § 123 Abs. 4 S. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können."

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken"

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann"

Zahlungsunfähigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung

eines
solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im
Verfahren
der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer
Gesellschaften
(Göttingen)
- Sanierung Haus 11: Objektplanung Gebäude

Beschreibung: Die Liegenschaft des geisteswissenschaftlichen MPI zur Erforschung
multireligiöser
und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen umfasst drei Gebäude: eine Altbau
Villa, Hermann-Föge-Weg 12, und auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Gebäude
aus den 1950er Jahren (G 11-A) mit einem Anbau aus den 1970er Jahren (G 11-N), beide
Herman-Föge-Weg 11. Das Gebäude G 11-N steht seit Januar 2019 aufgrund erheblicher
Brandschutzmängel leer. Als Ausweichquartier wurden Bürocontainer auf dem
Grundstück
Herman-Föge-Weg 12a mit genehmigter Standzeit bis 08.11.2030 errichtet.
Im Rahmen der geplanten Maßnahme soll das in Stahlskelettkonstruktion errichtete
Gebäude
G 11-N entkernt, brandschutztech-nisch ertüchtigt und ausgebaut werden. Eine
Schadstoffsanierung
im Schwarzbereich muss durchgeführt werden. Fassade und Dach müssen energetisch
optimiert
werden. Es ist eine Büronutzung mit Kommunikationsflächen und Bibliothek geplant.
Im Vorentwurf ist baurechtlich zu klären, ob das Gebäude baulich erweitert werden
kann. Zudem muss eine Abklärung zur Erhaltungs-satzung mit der Stadt Göttingen
erfolgen.
Zusätzlich soll im Rahmen der Maßnahme die Fassade des Gebäude G 11-A
(Zweischalige
Mauerwerkskonstruktion mit Verblendmauerwerk) energetisch ertüchtigt und in ihrem
Erscheinungsbild so verändert werden, dass die beiden Gebäude G 11-A und G 11-N
(Pfosten-Riegel-Fassade)
optisch ein einheitliches und harmonisches Ensemble bilden.
Nach der Sanierung soll die interne Verbindung beider Gebäude, die aufgrund der
Brandschutzmängel
gekappt wurde, wiederhergestellt sein.
Die Bürocontainer müssen rechtzeitig vor Ende der Geltungsdauer der Baugenehmigung
abgebaut werden und ein Umzug in Haus G-11-N gewährleistet werden. Aufgrund des
knappen
Termin-plans soll die Projektabwicklung nach Lean Management Methoden erfolgen.
Es wird eine BNB Silber Zertifizierung angestrebt. Die Leistung ist diesbezüglich
anzubieten. Ein BNB-Koordinator wird beauftragt.

Gegenstand dieses VgV-Vergabeverfahrens sind die erforderlichen Leistungen der „Objektplanung Gebäude“ gem. § 34 in Verbindung mit Anlage 10 der HOAI 2021 in den LPH 2 bis 9, zzgl. Besonderer Leistungen.

Eine differenzierte Leistungsbeschreibung ist der Anlage 04 zu entnehmen.

Besonderer Hinweis betr. Bieterfragen aufgrund besonderer äußerer Ereignisse (z.B. Sars-COV-2 oder Ukraine Krieg): Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Angebotserstellung etwaige mögliche bzw. erkennbare Beeinträchtigungen, z.B. in Bezug auf die Verfügbarkeit von Materialien und Produkten, Arbeitskräften, eine evtl. verzögerte Beibringung von geforderten Nachweisen, Auswirkungen auf etwaige Nachunternehmer etc. Fragen, die in diesem Zusammenhang auftreten, bitten wir rechtzeitig vor Angebotsfrist über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen.

Interne Kennung: ea22b1bc-caa3-4907-94ab-8da7cd7d16b6

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 71200000 *Dienstleistungen von Architekturbüros*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71000000 *Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71221000 *Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71240000 *Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71250000 *Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Göttingen, Hermann-Föge-Weg 11

Postleitzahl: 37073

NUTS-3-Code: *Göttingen (DE91C)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 50 Monat

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

Bitte beachten Sie, dass das Übermittelten größerer Datenvolumen (z.B. Pläne) mehr

Zeit (ggf. je nach Datenvolumen und Geschwindigkeit der genutzten/ zur Verfügung stehenden

Datenleitung) in Anspruch nehmen kann. Beginnen Sie deshalb bitte rechtzeitig vor Teilnahmeschluss mit der Übermittlung der Teilnahmeunterlagen. Sollte es zu Problemen

bei der Übermittlung kommen, melden Sie sich bitte rechtzeitig vor Abgabeschluss beim

Support der eVergabe. Für die Angebotsabgabe ist ausschließlich die Textform nach

§ 126b BGB zugelassen. Im Bieterassistenten geben Sie hierfür bitte am Ende beim Schritt

„Angebotseinreichung“ den natürlichen Namen/jur. (Büro-) Namen in dem dafür vorgesehenen

Feld an. Dabei ist sichergestellt, dass die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Angebots durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung

gewährleistet sind. Über eine etwaige Teilnahme am Verhandlungsverfahren werden Sie

schriftlich informiert. Gemäß § 17 (11) VgV behält sich der Auftraggeber die Möglichkeit

vor, den Auftrag ohne Verhandlungen mit den Bietern zu vergeben.

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Eintragung in das Handelsregister*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit Einreichung dieses Teilnahmeantrages bestätigt der Bewerber, dass er nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem er niedergelassen ist, in das Berufs-

oder Handelsregister
dieses Staats eingetragen ist (für Bewerber mit Sitz in Deutschland: es wird
bestätigt,
dass der Bewerber in ein entsprechendes Handelsregister,
Partnerschaftsregister bzw.
Berufsregister ordnungsgemäß eingetragen ist, soweit der Bewerber zur
Eintragung verpflichtet
ist).

Weiter bestätigt der Bewerber mit Einreichung dieses Teilnahmeantrages,
dass die im
Auftragsfall für die Leistungserbringung vorgesehenen Personen über die
erforderliche
Qualifikation als Architekten bzw. Ingenieure (oder vergleichbar) gem. § 75
Abs. 1
und 2 VgV verfügen.

Der Nachweis der Bauvorlageberechtigung einer für die
Genehmigungsplanung verantwortlichen
Person (z.B. Eintragung in die Liste der Architektenkammer) ist dem
Teilnahmeantrag
beizufügen.

**Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten
Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen**

Gewichtung (Punkte, genau): 0

Kriterium: *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung zum Personalbestand für
entsprechende Dienstleistungen, die beauftragt werden
sollen, für die Jahre 2023, 2024 und 2025, wobei die fest angestellte
Mitarbeiter/innen
in Vollzeit, inkl. Büro-Inhaber/in bzw. -Geschäftsführer/in sind.
Teilzeitkräfte sind
in Vollzeitäquivalente (VZÄ) entsprechend umzurechnen (ohne freie
Mitarbeiter/innen,
Praktikant/innen und Aushilfen).

Geforderte Mindestanforderungen:
Mittelwert über die Jahre 2023 - 2025 ≥ 4 Personen (VZÄ).
(Bewerbergemeinschaften
werden in Summe gewertet).

**Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten
Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen**

Gewichtung (Punkte, genau): 0

Kriterium: *Durchschnittlicher Jahresumsatz*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärung zum Mindestjahresumsatz (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich, der beauftragt werden soll.

Geforderte Mindestanforderungen (Bewerbergemeinschaften werden in Summe gewertet):

Mittelwert in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren ≥ 500.000 € netto.

(Bewerbergemeinschaften werden in Summe gewertet).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0

Kriterium: *Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit der Einreichung des Teilnahmeantrages bestätigen der Bewerber, dass er über die erforderliche technische Ausstattung verfügen, um eine fachgerechte Leistungserbringung in dieser Beauftragung zu gewährleisten.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenz 1:

Mindestanforderungen:

- Eine vergleichbare Leistung für eine Umbau- / Sanierungs- / Erweiterungsmaßnahme

eines Objekts des Bereichs "Ausbildung / Wissenschaft / Forschung" bzw. "Büro / Verwaltung

/ Staat / Kommune" gem. Anlage 10.2 Objektliste HOAI 2021 mit einer HZ $\geq IV$

- Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Erbringung von mindestens der LPH

3, 5 & 8 im Bereich der LPH 2 - 9

- Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Baukosten (KG 300 bis 400) $\geq 4,0$

Mio. € netto

- Abschluss der Referenz gem. Nr. 3.0 Anlage 03 (Eignungsmatrix) innerhalb der letzten

5 Jahre

Bewertung:

- Vergleichbarkeit der Bauaufgabe: (Wichtungsfaktor 6)

3 Punkte: "Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die

konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rang-folgebildung"

unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage

zur Referenz sehr vergleichbar." 18 Punkte

2 Punkte: "Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die

konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rang-folgebildung"

unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage

zur Referenz vergleichbar mit wenigen Abstrichen." 12 Punkte

1 Punkt: "Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die

konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rang-folgebildung"

unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage

zur Referenz vergleichbar, jedoch mit nennenswerten Abstrichen." 6 Punkte

- Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungsphasen: (Wichtungsfaktor 2)

6 Punkte: Erbringung von 8 Leistungsphasen 12 Punkte

5 Punkte: Erbringung von 7 Leistungsphase 10 Punkte

4 Punkte: Erbringung von 6 Leistungsphasen 8 Punkte

3 Punkte: Erbringung von 5 Leistungsphasen 6 Punkte

2 Punkte: Erbringung von 4 Leistungsphasen 4 Punkte

1 Punkt: Erbringung von 3 Leistungsphasen 2 Punkte

- Vergleichbarkeit des Bauvolumens: (Wichtungsfaktor 2)

4 Punkte: $\geq 7.000.000$ € 8 Punkte

3 Punkte: $\geq 6.000.000$ € 6 Punkte

2 Punkte: $\geq 5.000.000$ € 4 Punkte

1 Punkt: $\geq 4.000.000$ € 2 Punkte

- Vergleichbarkeit der Fläche: (Wichtungsfaktor 2)

5 Punkte: ≥ 2.000 m²BGF 10 Punkte

4 Punkte: ≥ 1.500 m²BGF 8 Punkte

3 Punkte: ≥ 1.000 m²BGF 6 Punkte

2 Punkte: ≥ 500 m²BGF 4 Punkte

1 Punkt: < 500 m²BGF 2 Punkte

- Vergleichbarkeit der Projektspezifika (Wichtungsfaktor 4)

1 Punkt: BNB Silber Zertifizierung 4 Punkte

1 Punkt: Fassadengestaltung 4 Punkte

1 Punkt: Beengtes Baufeld im Wohngebiet 4 Punkte

- Umsetzung der Maßnahmen: (Wichtungsfaktor 4)
3 Punkte: Laufender Betrieb in angrenzenden Gebäuden
(baulich verbunden) 12 Punkte
2 Punkte: Laufender Betrieb in angrenzenden Gebäuden
(nicht baulich verbunden) 8 Punkte
1 Punkt: Keine Maßnahme mit laufendem Betrieb 4 Punkte

- Beachtung von öffentlichem Vergaberecht: (Wichtungsfaktor 2)
4 Punkte: Vergaben gem. VOB/A 01. und 02. Abschnitt 8 Punkte
3 Punkte: Vergaben gem. VOB/A 02. Abschnitt 6 Punkte
2 Punkt: Vergaben gem. VOB/A 01. Abschnitt 4 Punkte
1 Punkt: Keine Vergaben gem. VOB/A 2 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 40

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Übergeordnete Anforderungen an die Referenzen Nr. 01 bis 03:

- Der Bewerber hat die Angaben zu den Mindestanforderungen sowie die Angaben, welche ggf. für die Erstellung einer Rangfolge erforderlich sind, in den Abschnitten Nr.

03 und Nr. 04 der Anlage 03 anzugeben. Die Beschreibung der Rangfolgebildung kann der Anlage 01, Kap. 4.2 entnommen werden.

- Im Interesse des Wettbewerbs werden zum Nachweis der beruflichen Eignung Referenzen

gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV mit vergleichbaren Leistungen gewertet, deren LPH 8 innerhalb

der letzten fünf Jahre ab Fristende zur Einreichung der Teilnahmeanträge mit (Teil-)Schlussrechnung

oder Abnahme gem. VOB/B abgeschlossen wurde.

- Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von öffentlichem Vergaberecht

(vgl. Referenz Nr. 03; Kap. 3.3 der Anlage 03) können über die dort abgefragte separate

Referenz oder - kumuliert - über die Referenz Nr. 01 bzw. 02 nachgewiesen werden.

- Die Auftraggeberin behält sich vor, die getätigten Angaben im Rahmen der Auswertung

stichprobenhaft bei dem angegebenen Auftraggeber/innen auf Plausibilität zu überprüfen.

Nicht wahrheitsgetreue Angaben führen zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Referenz 3 (Pflicht)

Mindestanforderungen:

- Eine vergleichbare Referenz, in der Bauleistungen - unter Berücksichtigung des für den Bund maßgeblichen, öffentlichen Vergaberechts oberhalb und unterhalb des Schwellenwertes für Bauleistungen - in den LPH 6 & 7 durch den Bewerber ausgeschrieben und durch den Auftraggeber beauftragt wurden. Die Leistungen der Zentralen Vergabestelle können dabei auch durch den AG bzw. einen externen Dienstleister im Projekt erbracht worden sein.
- Abschluss der Referenz gem. Nr. 3.0 Anlage 03 (Eignungsmatrix) innerhalb der letzten 5 Jahre

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Auftraggeber behält sich den Zuschlag auf das Erstangebot vor

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 0

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: vgl. Anlage 01 "Allgemeine Vergabeunterlage", Kap. 4.4, "Bewertungssystematik" und Anlage 05 "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 30/07/2026 23:59 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/6bc204bfd237-4b3d-821b-186a5eba5ea4>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 01/09/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/6bc204bfd237-4b3d-821b-186a5eba5ea4>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 10/08/2026 12:00 +02:00

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Sollten mehr als die in der Auftragsbekanntmachung vorgesehenen Bewerber ihre Eignung für das Verhandlungsverfahren nachgewiesen haben, erfolgt eine Bewertung der eingereichten Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb gemäß der beigefügten Matrix zum Teilnahmewettbewerb (vgl. Anlage 03). Die erforderlichen Angaben zur Bewertung der vergleichbaren Leistungen sind in den Formblättern vollständig und nachvollziehbar anzugeben.

Die drei bis fünf Bewerber, die ihre Eignung nachgewiesen und in der Bewertung die höchsten Punktzahlen gem. Rangfolge erzielt haben, werden zur Abgabe eines verbindlichen und zuschlagsfähigen Erstangebotes aufgefordert.

Die viert- und fünftplatzierten Bewerber werden nur dann zur Angebotsabgabe aufgefordert,

wenn sie mind. 80 % der Punktzahl des Drittplatzierten gem. Rangfolge erzielt haben.

Bei Punktgleichheit auf einem Rang, welcher für die Teilnahme am weiteren Verfahren

relevant ist, entscheidet zunächst die höhere Punktzahl des Unterkriteriums Nr. 4.1.1

der 01. wertungsfähigen Referenz und nachfolgend, falls weiterhin eine Punktgleichheit

vorliegt die höhere Punktzahl der nachfolgenden Unterkriterien Nr. 4.1.2 bis 4.n.n.

in absteigender Reihenfolge. Sofern auch danach Punktgleichheit herrscht, entscheidet

das Los.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:

Nein

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende

Rechtsform: Falls Sie sich als Bewerbergemeinschaft bewerben ist

Folgendes zu beachten:

Bewerbergemeinschaften sind als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), als offene

Handelsgesellschaft (oHG) sowie in haftungsrechtlich vergleichbarer Form einer anderen

EU-Rechtsordnung zugelassen. Es ist im Teilnahmeantrag aufzuzeigen, wer an der Bewerbergemeinschaft beteiligt ist. Dem Auftraggeber ist im Teilnahmeantrag ein verantwortlicher Ansprechpartner aus der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Die Übernahme der gesamtschuldnerischen Haftung wird mit Einreichung des Teilnahmeantrags durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft erklärt.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewertung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15

Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Bieterkommunikation

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Max-Planck-Gesellschaft Abt.III

Identifikationsnummer: e7a1ce47-7cae-456b-936c-6931c9d8feb6

Postanschrift: Hofgartenstraße 8

Ort: München

Postleitzahl: 80538

NUTS-3-Code: *München, Kreisfreie Stadt* (DE212)

Land: *Deutschland*

E-Mail: bieterfragen@gv.mpg.de

Telefon: +49 8921080

Fax: +49 8921081344

Internet-Adresse: <http://www.mpg.de>

Beschafferprofil - URL: <https://portal.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Identifikationsnummer: 7838f1fa-bf24-45dc-8542-8c3275cf4f35

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

NUTS-3-Code: *München, Kreisfreie Stadt* (DE212)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Internet-Adresse: www.regierung.oberbayern.bayern.de

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Bieterkommunikation

Identifikationsnummer: 97d1f3bb-8aca-4056-b760-21e8384455bc

Ort: München

Postleitzahl: 80539

NUTS-3-Code: *München, Kreisfreie Stadt* (DE212)

Land: *Deutschland*

E-Mail: bieterfragen@gv.mpg.de

Telefon: +49 8921080

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 78644d81-0d87-43e6-8af3-67e3e7d83ebb - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/07/2026 16:59 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*